

Brüssel, den 16. Oktober 2008

Sozialschutz und soziale Eingliederung in Europa – Wichtigste Fakten und Zahlen

Die Europäische Kommission veröffentlicht heute ihre jährliche Überprüfung der sozialen Trends in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der in der EU-Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung formulierten gemeinsamen Ziele¹. Die Kernpunkte dieses [Berichts](#)² werden im Folgenden vorgestellt.

- 16% der Europäer waren 2008 armutsgefährdet.
- Trotz allgemeiner Fortschritte auf den Arbeitsmärkten leben 9,3% der Erwachsenen im Erwerbsalter in Erwerbslosenhaushalten und 8% der Erwerbstätigen leben unter der Armutsschwelle.
- Sozialtransfers senken das Armutsrisiko in der EU um durchschnittlich 38%, aber EU-weit betrachtet schwankt dieser Wert zwischen weniger als 10% und fast 60%.
- Die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer erreichte im Jahr 2007 45%, im Vergleich zu 37% im Jahr 2001.
- Die heutigen Rentensysteme haben die Armut unter den älteren Menschen im Allgemeinen gesenkt, aber allein stehende ältere Frauen sind erheblich stärker gefährdet als allein stehende Männer (28% gegenüber 20%).
- Es ist zu erwarten, dass künftig ein größerer Anteil der Einkommen von Rentnern aus privaten Rentenversicherungen stammen wird.
- Die Lebenserwartung beträgt heute 82 Jahre bei Frauen und 76 Jahre bei Männern. Dies entspricht einer Zunahme der Lebenserwartung bei Frauen um 4 Jahre und bei Männern um 5 Jahren im Laufe der letzten 20 Jahre.
- Im EU-Vergleich liegt die Kluft bei der Lebenserwartung von Frauen bei 8 Jahren und bei der Lebenserwartung von Männern bei 13 Jahren.
- Die Gesamtausgaben im Gesundheitswesen sind EU-weit in den letzten 20 Jahren angestiegen und schwanken heute zwischen 10% des BIP oder mehr in einigen Ländern und 6% oder weniger in anderen Ländern.

¹ http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/the_process_de.htm

² Beobachtung der Fortschritte im Hinblick auf die Ziele der Europäischen Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Siehe http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/2008/omc_monitoring_en.pdf

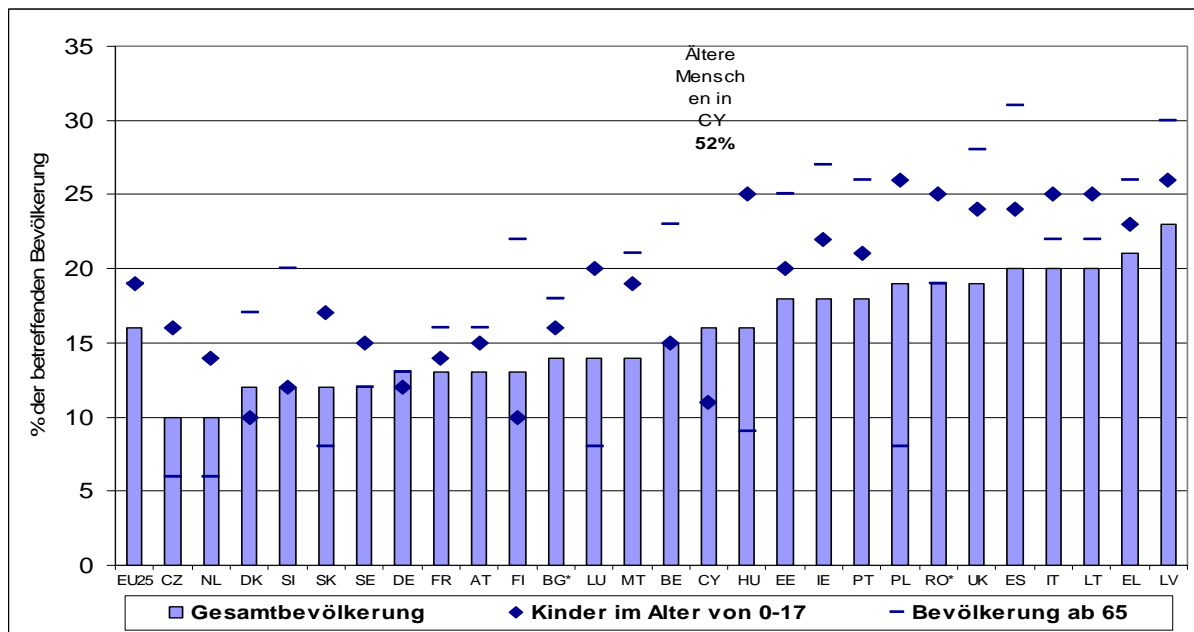
Soziale Eingliederung

Wie viele Europäer leben in Armut?

Im Jahr 2006 lebten 16% der EU-27-Bürger unter der Armutsschwelle, die definiert ist als 60% des Medianeinkommens des jeweiligen Landes. Eine Situation, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Armutsquote reichte von 10% in der Tschechischen Republik und in den Niederlanden bis 21-23% in Griechenland und in Lettland.

Bei Kindern ist die Armutsgefährdung meist größer als bei der Restbevölkerung (19% in der EU-27). Dies trifft auf die meisten Länder zu, mit Ausnahme der nordischen Staaten, Griechenlands, Zyperns und Sloweniens. Die wichtigsten Faktoren, die sich auf die Kinderarmutsquoten in der EU auswirken, sind die Arbeitsmarktsituation der Eltern und die Effektivität der Regierungsmaßnahmen in Form von Einkommensunterstützung und Bereitstellung von Hilfsdienstleistungen wie z. B. Kinderbetreuung. Dies zeigt sich insbesondere bei allein erziehenden Eltern, bei denen die Armutsgefährdung 32% beträgt.

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquote in der EU (%), Gesamtbevölkerung und Kinder, 2006



Quelle: EU-SILC (2006); Einkommensjahr 2005; mit Ausnahme von VK (Einkommensjahr 2006) und IE (Einkommensbezugszeitraum 2005-2006); BG: Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2006.

Der Lebensstandard der „Armen“ ist in Europa sehr unterschiedlich. Im Baltikum, in Ungarn, Polen und in der Slowakei leben die von Armut bedrohten Menschen von weniger als 200€ im Monat, während die Armutsschwelle in Dänemark, Irland, Luxemburg, Finnland und VK bei 900€ pro Monat liegt. Werden die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten (ausgedrückt in Kaufkraftstandards, KKS) berücksichtigt, schwankt das monatliche Einkommen der von Armut gefährdeten Menschen zwischen 230 €-KKS und 890 €-KKS (und bis zu 1.400 €-KKS in LU). Dies deutet darauf hin, dass der Lebensstandard der Armen in den reichsten EU-Ländern 3,5 Mal höher ist als in den ärmsten Ländern.

Haben Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten zur sozialen Eingliederung beigetragen?

Die allgemeinen Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten, die seit 2000 zu beobachten sind, hatten in der EU im Durchschnitt begrenzte Auswirkungen auf die am stärksten ausgegrenzten Personen. Die Zahl der Menschen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ist

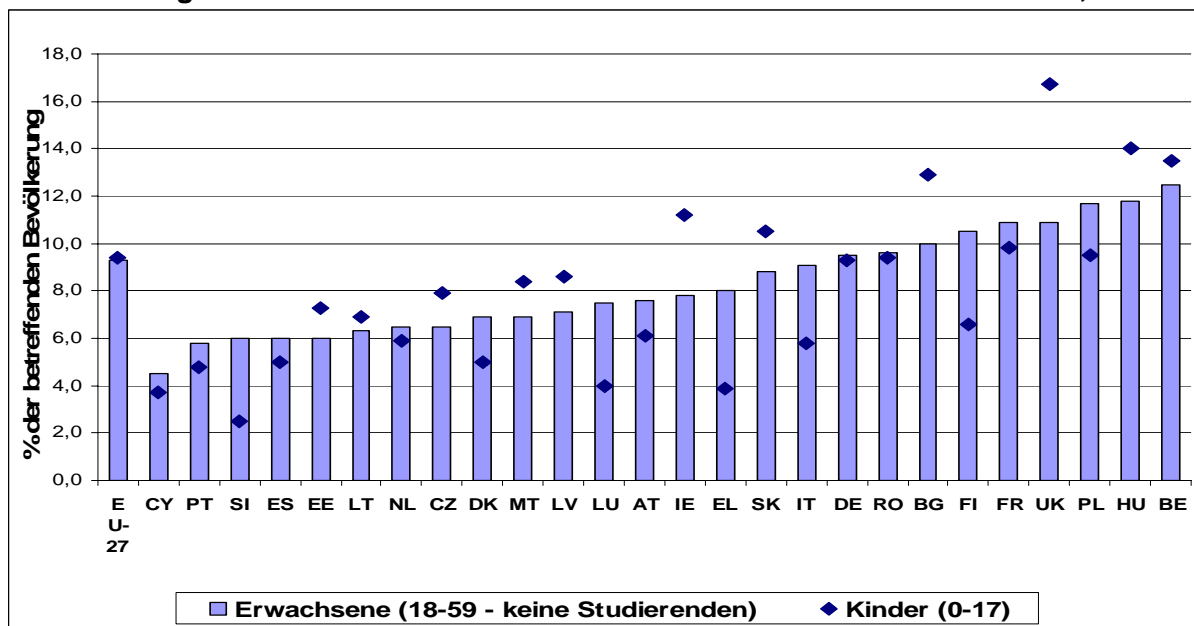
trotz der jüngsten Verbesserungen nach wie vor hoch. Die Erwerbstätigenarmut ist in den meisten Mitgliedstaaten zunehmend Besorgnis erregend. Dasselbe trifft auf die Arbeitsmarktintegration von Migranten zu.

Wie viele Europäer leben in Erwerbslosenhaushalten?

Im Jahr 2007 lebten in der EU-27 nahezu 9,3% der Erwachsenen im Erwerbsalter (18 bis 59 Jahre, Studierende nicht eingeschlossen) in Haushalten ohne Erwerbseinkommen. Der Anteil reichte von 4,5% in Zypern bis 11% und mehr in Belgien, Frankreich, Ungarn, Polen und dem Vereinigten Königreich. Ähnlich hoch ist der durchschnittliche Prozentsatz der in Erwerbslosenhaushalten lebenden Kinder: 9,4 % in der EU-27 im Jahr 2007. Familien mit Kindern sind jedoch in einigen Ländern stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als in anderen. Zwischen den Mitgliedstaaten herrschen große Unterschiede bezüglich des Anteils der in Erwerbslosenhaushalten lebenden Kinder. Dieser schwankt zwischen 2,5% in Slowenien und 16,7% im Vereinigten Königreich. Das Leben in einem Haushalt ohne Erwerbseinkommen beeinträchtigt sowohl die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Kinder als auch deren Entwicklungschancen.

Im Schnitt haben die allgemeinen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in der EU im Laufe der letzten beiden Jahre erste positive Auswirkungen für Personen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ergeben (-0,9 Prozentpunkte von 2005 bis 2007). Für eine Beurteilung der Beständigkeit und des Ausmaßes des Rückgangs ist es noch zu früh. Die Verbesserungen haben Familien mit Kindern noch nicht im selben Umfang erreicht, denn der Rückgang des Anteils von in Erwerbslosenhaushalten lebenden Kindern betrug von 2005 bis 2007 lediglich 0,3 PP.

Abbildung 2: In Erwerbslosenhaushalten lebende Erwachsene und Kinder, 2007



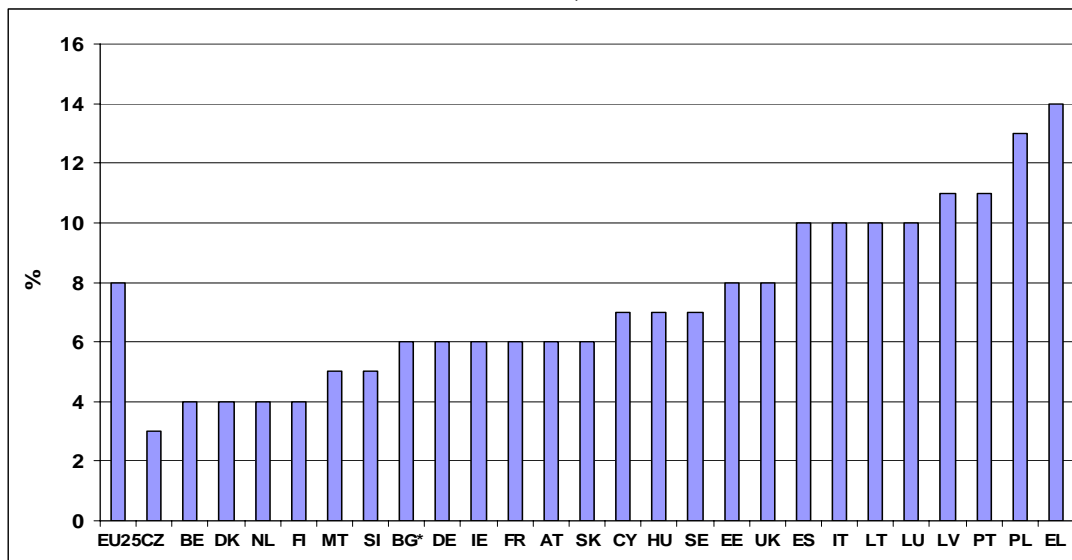
Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung, Ergebnisse der Frühjahrserhebung, keine Angaben zu SE

Wie steht es mit der Erwerbstätigenarmut?

Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor Armut. Im Jahr 2006 lebten 8% der EU-25-Bürger (im Alter von 18 Jahren und darüber) unter der Armutsschwelle und waren somit in der gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt. Der Anteil reichte von 4% und darunter in der Tschechischen Republik, in Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Finnland bis 13% in Polen und 14% in Griechenland. Erwerbstätigenarmut steht in Zusammenhang mit niedrigen Löhnen, geringer Qualifikation, unsicherer Beschäftigung und häufig unfreiwilliger

Teilzeitarbeit. Weitere Merkmale sind die Arten der Haushalte, in denen die Arbeitnehmer leben und der wirtschaftliche Status der anderen im Haushalt lebenden Personen. In Haushalten mit Kindern etwa kann eine Armutsgefährdung nicht mehr durch das Familienmodell des Einzelverdieners abgewendet werden.

Abbildung 3: Erwerbstätigenarmut: Armutsgefährdungsquote bei Erwerbstätigen ab 18 Jahren, 2006



Quelle: EU-SILC (2006); Einkommensjahr 2005; mit Ausnahme von VK (Einkommensjahr 2006) und IE (Einkommensbezugszeitraum 2005-2006); BG: Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2006; keine Angaben zu RO

Wie sieht die Situation der Migranten auf den Arbeitsmärkten aus?

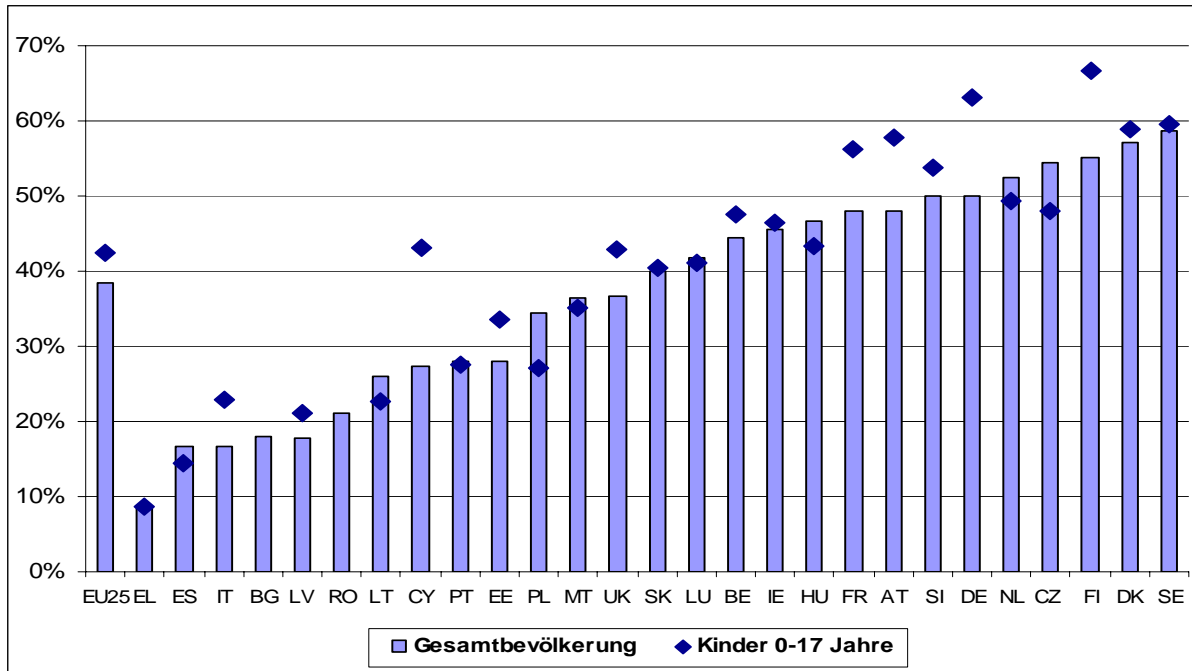
Im Jahr 2007 lag die Beschäftigungsquote der außerhalb der EU geborenen Migranten 2,6 Prozentpunkte unter der der Bevölkerung des Aufnahmelandes, ein ähnlicher Unterschied wie im Vorjahr (2,7 PP). Dies verschleiert jedoch große Unterschiede innerhalb der EU. In Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal, wo die Migration ein junges wie auch ökonomisches Phänomen ist, sind die Beschäftigungsquoten der Migranten höher als die der einheimischen Bevölkerung. Im Gegensatz dazu liegen die Beschäftigungsquoten von Migranten in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich weit unter denen der einheimischen Bevölkerung. Die Unterschiede reichen von 6% im Vereinigten Königreich bis 16% in Dänemark.

Wie sehr senken Sozialtransfers die Armutsgefährdung?

Sozialtransfers mit Ausnahme von Renten, (etwa Arbeitslosengeld, Familienleistungen oder Wohngeld) senken die Armutsgefährdung in Europa durchschnittlich um 38%. Ohne Sozialtransfers läge die durchschnittliche Armutsgefährdung in den EU-Mitgliedstaaten bei 26% (gegenüber 16% nach dem Erhalt staatlicher Unterstützung). Am effektivsten sind die Sozialtransfers in der Tschechischen Republik, in Deutschland, den Niederlanden, in Slowenien und in den nordischen Ländern, wo sie die Armut um 50% und mehr senken. Umgekehrt führen Sozialtransfers in Bulgarien, Griechenland, Spanien, Italien und Lettland lediglich zu einer Senkung der Armutsgefährdung um 18% oder weniger.

Sozialtransfers sind insbesondere in Bezug auf die Senkung der Armutsgefährdung von **Kindern** wirksam. Der EU-Durchschnitt liegt hier bei 42% im Jahr 2006. Dieser Wert gilt für die meisten EU-Länder mit Ausnahme von BE, CZ, MT, NL, PL, PT und SK, wo er geringfügig darunter liegt. In den nordischen Ländern, in DE, FR und AT senken Sozialtransfers (Renten ausgenommen) die Armutsgefährdung bei Kindern um mehr als 55%, in EL und ES hingegen um weniger als 20% (entsprechend der Gesamtbevölkerung).

Abbildung 4: Auswirkungen von Sozialtransfers (mit Ausnahme von Renten) auf die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung und der Kinder, 2006 — %



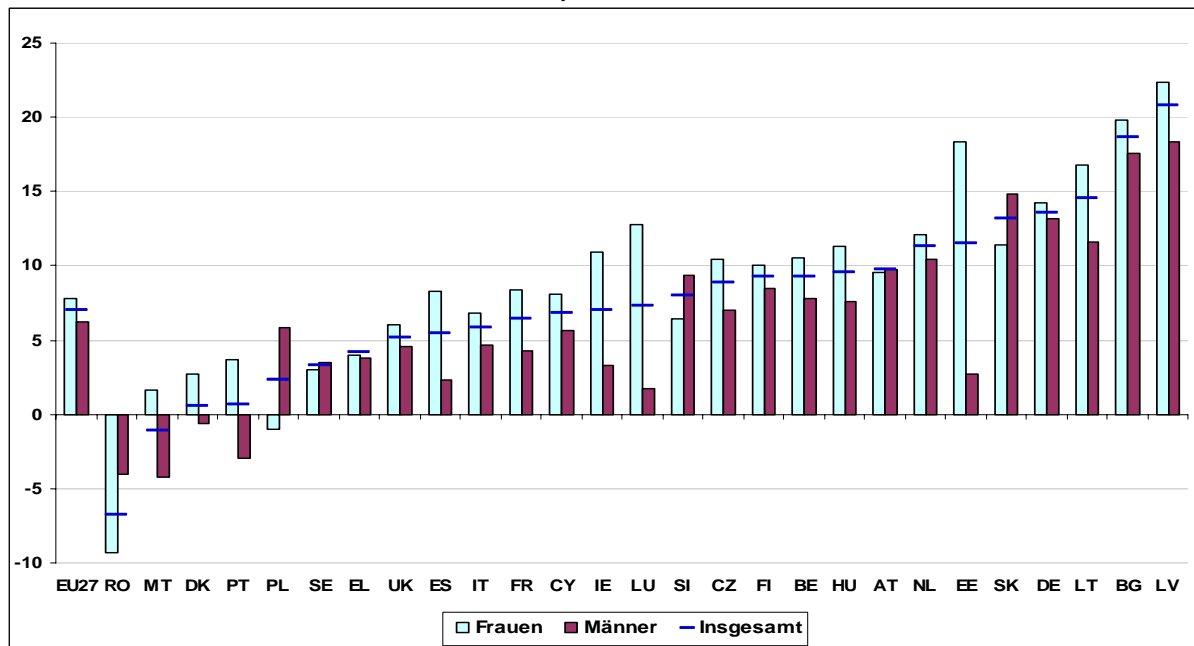
Quelle: EU-SILC (2006); Einkommensjahr 2005; mit Ausnahme von VK (Einkommensjahr 2006) und IE (Einkommensbezugszeitraum 2005-2006); BG: Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2006; keine Angaben zu RO

Renten

Warum ist die Beschäftigung so wichtig für die Renten?

Einer der Wege, sowohl die Nachhaltigkeit der Rentensysteme als auch ein angemessenes Renteneinkommen zu gewährleisten, ist die Verlängerung des Arbeitslebens. Laut Lissabonner Zielvorgabe soll die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte bis 2010 auf 50% angehoben werden. Im Jahr 2007 lag die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte in der EU-25 bei 45%, gegenüber 37% im Jahr 2001. In elf Ländern liegt die Quote derzeit über 50% (Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Zypern, Lettland, Litauen, Portugal, Finnland, Schweden und VK). Eine Gruppe von Ländern, in denen die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte nach wie vor bei rund 30% liegt, ist jedoch noch weit von diesem Ziel entfernt. Dem allgemeinen Anstieg der Beschäftigungsquoten liegen hauptsächlich zwei Faktoren zugrunde: die demographische Entwicklung und die zunehmende Beteiligung der Frauen. Auf Grund der Alterung der Babyboom-Generation hat der relative Anteil der 55-59jährigen, einer Altersklasse mit höherer Beschäftigungsquote, zugenommen. Außerdem war in den meisten Mitgliedstaaten von 2001 bis 2007 im Vergleich zu den Männern ein stärkerer Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen zu verzeichnen.

Abbildung 5: Veränderung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte (55 bis 64 Jahre), 2001-2007

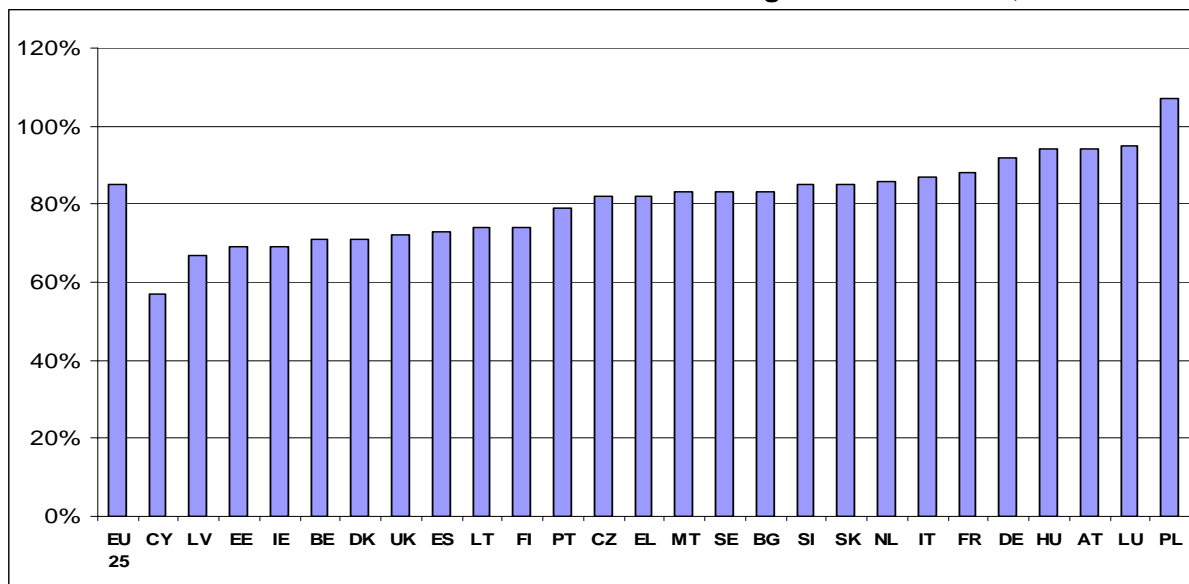


Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung, Jahresdurchschnittswerte

Wie fällt das Einkommen der älteren Menschen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung aus?

Die gegenwärtigen Rentensysteme haben im Allgemeinen bewirkt, dass ältere Menschen kaum noch von Armut betroffen sind. Das Einkommen der Bevölkerung 65+ beträgt rund 85% des Einkommens der jüngeren Menschen, bei einer Bandbreite von 57% in Zypern bis zu mehr als 100% in Polen. Die Armutsgefährdung von allein stehenden älteren Frauen ist jedoch nach wie vor erheblich höher als die von allein stehenden Männern (28% gegenüber 20%).

Abbildung 6: Relatives Einkommen älterer Menschen: Medianeinkommen der Bevölkerung 65+ im Verhältnis zum Einkommen der Bevölkerung von 0-64 Jahren, 2006

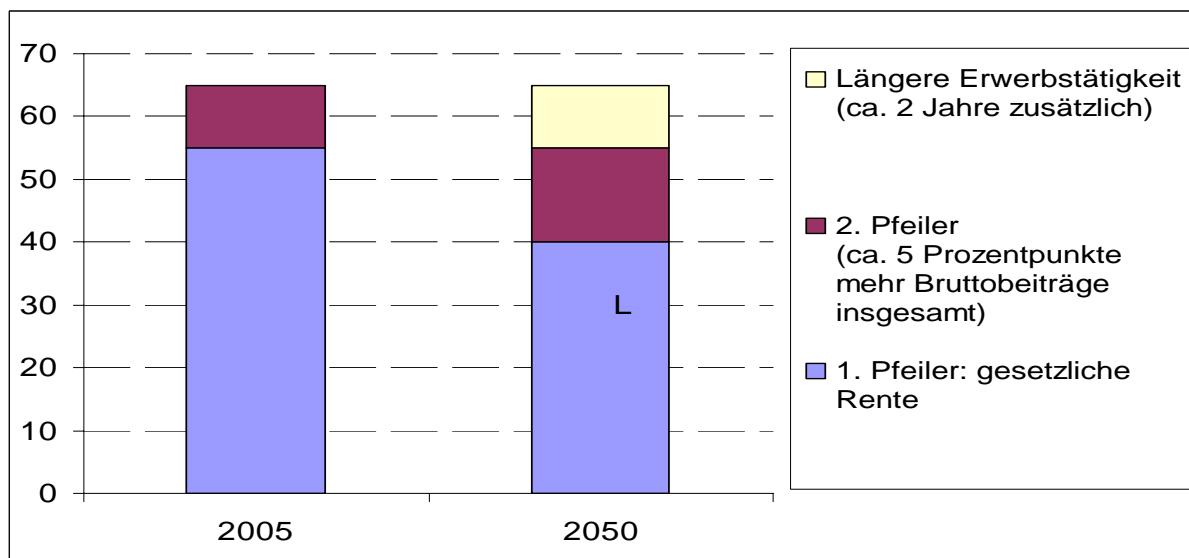


Quelle: EU-SILC (2006); Einkommensjahr 2005; mit Ausnahme von VK (Einkommensjahr 2006) und IE (Einkommensbezugszeitraum 2005-2006). BG: Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2006, RO: keine Angaben. MT und PT: vorläufige Angaben. Datum des Auszugs: 16. Mai 2008.

Wie werden sich die Rentenersatzquoten voraussichtlich entwickeln?

Jüngste Reformen in vielen Mitgliedstaaten haben jedoch tendenziell zu einer Senkung der Ersatzquoten (Durchschnittsrente gemessen am Durchschnittseinkommen einer Arbeitskraft) bei einem bestimmten Verrentungsalter geführt. Die nachstehende Graphik veranschaulicht, wie sich das Renteneinkommen als Prozentsatz des Arbeitseinkommens heute zusammensetzt und mit welcher Entwicklung bis zum Jahr 2050 zu rechnen ist: Der Anteil der staatlichen Rente sinkt, doch wird dies ausgeglichen durch private Vorsorge und die Verlängerung des Arbeitslebens.

Abbildung 7: Zu erwartende Entwicklung der Rentenersatzquoten, 2005 und 2050



Quelle: Veranschaulichung der Ergebnisse der Untergruppe „Indikatoren“ des Ausschusses für Sozialschutz zu Bruttoersatzquoten

Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege

Unterschiede bezüglich der Lebenserwartung in der EU

Die Lebenserwartung hat in den letzten zwei Jahrzehnten in der EU allgemein zugenommen. Im Jahr 2006 lag die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen in der EU-27 bei 82 Jahren und die der Männer bei 76 Jahren – innerhalb von 20 Jahren eine Zunahme von rund 4 bzw. 5 Jahren. Im Baltikum, in Bulgarien und in Rumänien ist die Lebenserwartung im Laufe des wirtschaftlichen Umbruchs Anfang der 90er-Jahre jedoch gesunken. Die Lebenserwartung hat in diesen Ländern zwar wieder zugenommen, aber sie liegt in Lettland und Litauen nach wie vor unter den Werten des Jahres 1986 (gilt nur für die Lebenserwartung der Männer).

Im EU-Vergleich liegt die Kluft bei der Lebenserwartung von Frauen bei 8 Jahren und bei der Lebenserwartung von Männern bei 13 Jahren. Die Lebenserwartung der Frauen in Bulgarien, Lettland und Rumänien beträgt 76 Jahre im Vergleich zu 84 Jahren in Spanien, Frankreich und Italien. Bei den Männern beträgt die Lebenserwartung in Lettland und Litauen 65 Jahre im Vergleich zu 79 Jahren in Zypern und Schweden. Einige Länder können den EU-Durchschnitt nicht aufholen: Der Unterschied zwischen der Lebenserwartung in Bulgarien, Litauen, Rumänien und der Slowakei und der Lebenserwartung im EU-Durchschnitt hat sich in den letzten zwanzig Jahren sogar vergrößert.

Abbildung 8a: Lebenserwartung bei der Geburt, Männer, 1986, 1996, 2006

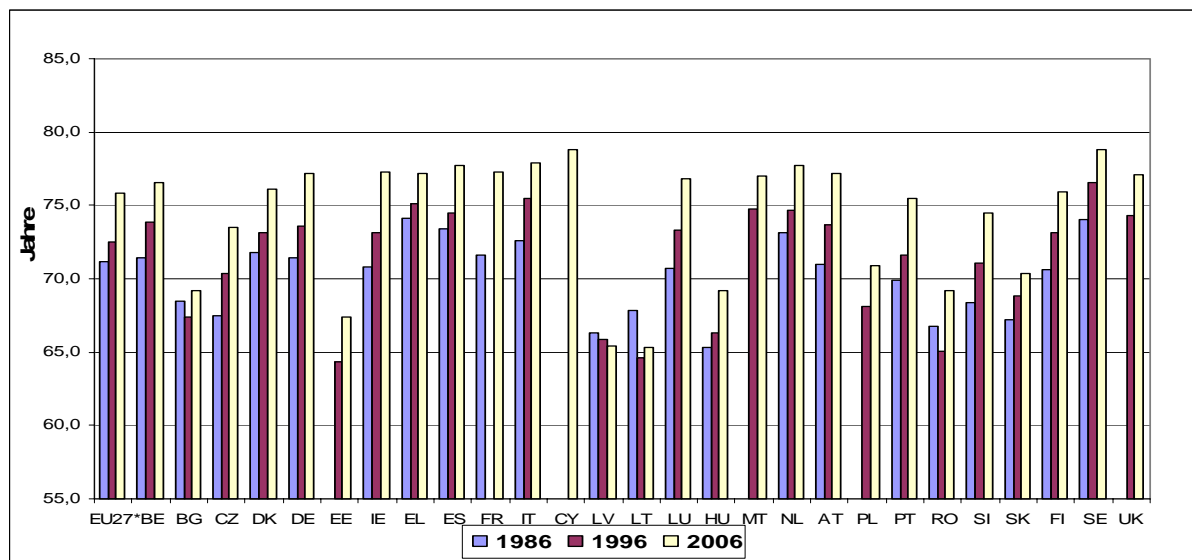
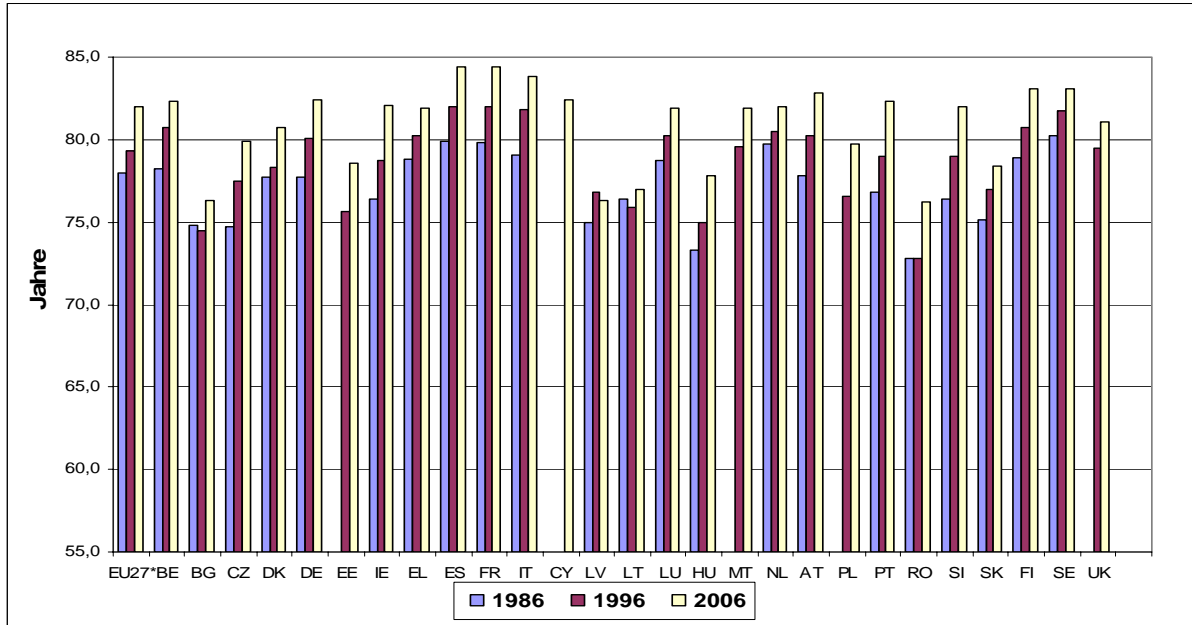


Abbildung 8b: Lebenserwartung bei der Geburt, Frauen, 1986, 1996, 2006



Quelle: Eurostat. LV (1986, 1996); nationale Quellen. FR(1986) bezieht sich auf das französische Mutterland. Die EU-Durchschnitte sind bevölkerungsgewichtete Durchschnitte. EU27*(2006) ausgehend von 2006, mit Ausnahme VK (2005) und IT (2004).

Der allgemeine Anstieg der Lebenserwartung ist mit einer allgemeinen wenn auch geringen Zunahme der gesunden Lebensjahre einhergegangen. Es ist jedoch keine deutliche Verringerung der Unterschiede zwischen Lebenserwartung und gesunden Lebensjahren zu verzeichnen. In der EU-15 ist die Zahl der gesunden Lebensjahre bei den Frauen von 64,5 im Jahr 1999 auf 66 Jahre im Jahr 2003 angestiegen und bei den Männern von 62,8 im Jahr 1999 auf 64,5 im Jahr 2003. Frauen leben zwar länger, aber sie müssen, im Vergleich zu Männern, einen größeren Teil ihres Lebens mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbringen.

Abbildung 9: Veränderungen der Lebenserwartung und der gesunden Lebensjahre von 1995 bis 2003

Land	Männer		Frauen	
	Veränderung der Lebenserwartung	Veränderung der gesunden Lebensjahre	Veränderung der Lebenserwartung	Veränderung der gesunden Lebensjahre
BE	1.8	4.1	0.7	2.8
DK	2.3	1.4	1.9	0.2
DE	2.5	5	1.4	0.4
IE	3.1	0.2	2.5	-2.2 (1999-2003)
EL	1.5	0.9	1.1	-0.8
ES	1.9	2.6	1.2	2.5
FR	1.9	0.6	0.9	1.5
IT	2	4.2	1.2	4.4
NL	1.7	0.6	0.5	-3.3
AT	2.5	6.2	1.4	1.6 (2000-2003)
PL	2.8	2.6 (1996-2002)	2.4	2.1 (1996-2002)
PT	2.5	0.2	1.6	-1.3
FI	2.3	2.7 (1996-2003)	1.5	-1.2 (1996-2003)
SE	1.8	0.4 (1997-2003)	0.8	2.2 (1997-2003)
VK	2.2	0.9	1.2	-0.3

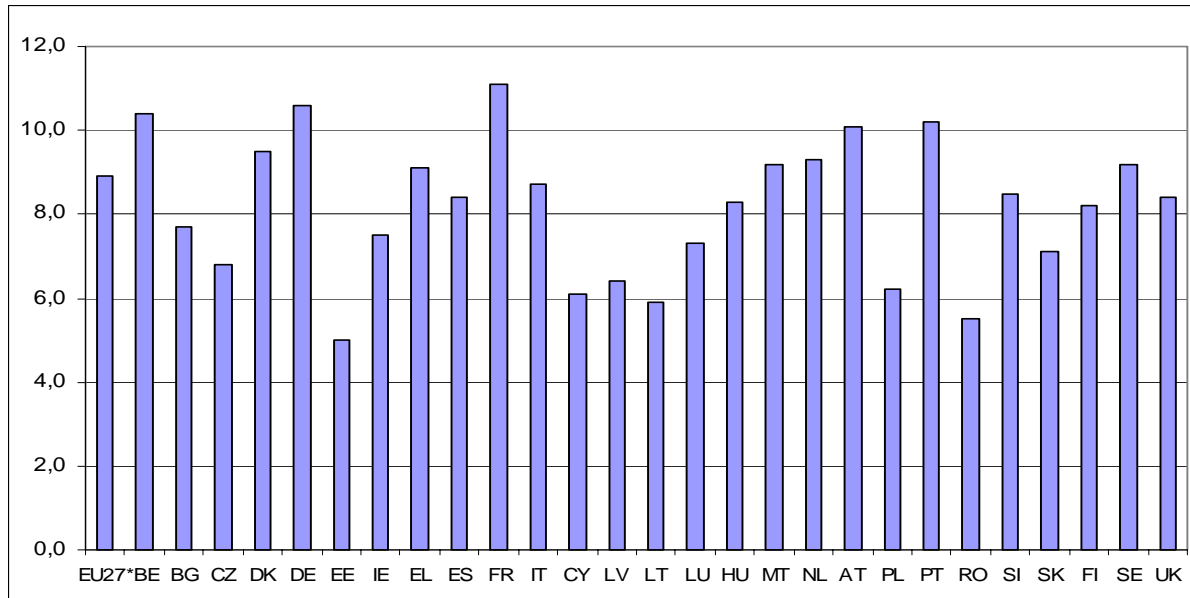
Quelle: Eurostat

Wie viel wird für die Gesundheitsversorgung ausgegeben?

Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte sind die öffentlichen und privaten Gesamtausgaben als Anteil des BIP EU-weit angestiegen. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind enorm.

Österreich, Belgien, Frankreich und Portugal geben 10% des BIP oder mehr für die Gesundheitsversorgung aus, während das Baltikum, Zypern, Polen und Rumänien 6% oder weniger des BIP dafür ausgeben. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben an den Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung ist im Allgemeinen groß (über 70%). Die privaten Ausgaben für Gesundheitsversorgung (meist Auslagen) stellen in den meisten Mitgliedstaaten eine bedeutende Finanzierungsquelle dar. In Zypern und Griechenland belaufen sich die privaten Ausgaben auf über 50% und in Lettland und Bulgarien auf über 40%.

Abbildung 10: Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung in % des BIP (2006 oder die aktuellsten verfügbaren Daten)



Quelle: OECD-Gesundheitsdaten 2008 und WHO-Datenbank „Gesundheit für alle“. Angaben von 2006, mit Ausnahme von RO, BG, EE, LV, LT, CY, SK, MT und SI: 2005. Angaben für LU in Bezug auf Grenzgänger korrigiert, EU27*: bevölkerungsgewichteter Durchschnitt der Werte im Diagramm.